

Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde
Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt



N I E D E R S C H R I F T

**17. ordentliche öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt der Stadtverordnetenversammlung der Stadt
Luckenwalde – Wahlperiode 2019 - 2024**

Sitzungstermin: Dienstag, 14.09.2021
Sitzungsbeginn: 18:31 Uhr
Sitzungsende: 21:41 Uhr
Sitzungsort: Sitzungsraum Goldene 33, Markt 33, 14943 Luckenwalde

Anwesend:

Vorsitzender-

Herr Peter Gruschka

Mitglieder-

Herr Manuel Hurtig

Frau Dr. Anja Jürgen

Herr Norbert Jurtzik

Herr Jörg Kirstein

Herr Andreas Krüger

Herr Klaus-Werner Lehmann

Herr Gerhard Maetz

Herr Erik Scheidler

Frau Nadine Walbrach

Herr Martin Zeiler

Vertreter für Herrn Nerlich,
bis 20:38 Uhr
bis 20:45 Uhr

ab 19:02 Uhr
bis 20:37 Uhr

Vertreter für Herrn
Neumann, bis 20:09 Uhr

Sachkundige Einwohner-

Herr Ralf Eyssen

Frau Corinna Herold

Frau Kerstin Reiter

Herr Rayk Riese

Herr Ronny Springer

Frau Ina-Christin Wilke

bis 20:56 Uhr

bis 19:59 Uhr

Verwaltung-

Herr Peter Mann

Herr Dirk Ullrich

Gast-

Herr Markus Blümner

Schriftführerin-

Frau Sonja Dirauf

Abwesend:

Mitglieder-

Herr Matthias-Eberhard Nerlich

Herr Jochen Neumann

Sachkundige Einwohner-

Herr Tankred Flach
Herr Jan Gabelmann
Herr Uwe Kuhlmeier
Herr Ralf Lindner

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL:

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit
2. Vorstellung der Vorplanungsvarianten Puschkinstraße
3. Einwohnerfragestunde
4. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.08.2021
5. Feststellung der Tagesordnung
6. Austausch der Positionen der Fraktionen zu überdachten Sitzgelegenheiten als ein Wunsch der Kinder und Jugendlichen
7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Kommunale Richtlinie zum Verfügungsfonds B-7270/2021
- 7.2. Errichtung von Wohnmobil-Stellplätzen in Luckenwalde - Fraktion CDU A-7047/2021
8. Anfragen von Ausschussmitgliedern
9. Informationen der Verwaltung
- 9.1. Vorstellung Straßenausbauprogramm
- 9.2. Sachstand zur Überarbeitung der Satzung der Stadt Luckenwalde über die Herstellung notwendiger Stellplätze (Stellplatzsatzung) und der Stellplatzablösesatzung der Stadt Luckenwalde
10. Informationen des Ausschussvorsitzenden

II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL:

11. Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.08.2021

12. Feststellung der Tagesordnung
13. Beschlussvorlage
- 13.1. Vergabe der Bauleistung Rad- und Gehweg Berkenbrücker Chaussee, 3. Bauabschnitt Süd im Abschnitt Ludwig-Jahn-Straße bis Straße des Friedens B-7271/2021
14. Anfragen von Ausschussmitgliedern
15. Informationen der Verwaltung
16. Informationen des Ausschussvorsitzenden

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Herr Gruschka eröffnet die 17. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Zu Sitzungsbeginn sind zehn Mitglieder anwesend.

TOP 2. Vorstellung der Vorplanungsvarianten Puschkinstraße

Herr Blümner von Redeker Consult Luckenwalde stellt die verschiedenen Varianten der Vorplanung für die Sanierung der Puschkinstraße vor. Von der Käthe-Kollwitz-Straße inklusive der Berliner Straße bis einschließlich der Kreuzung Woltersdorfer Straße handelt es sich um 1.350 m zu sanierende Straße. Der Abschnitt zwischen Käthe-Kollwitz-Straße und Beelitzer Straße liegt im Sanierungsgebiet Karree und soll verkehrsberuhigt werden, der hintere Abschnitt ist für höherwertigen Verkehr vorgesehen, auch um den Industriestandort zu erschließen. Vier Bäume haben laut Gutachten eine geringere Lebenserwartung als zehn Jahre und sollen gefällt werden. Die übrigen Bäume bleiben erhalten und werden durch neue ergänzt. Die Bahnunterführung kurz vor der Woltersdorfer Straße erlaubt derzeit nur Fahrzeuge mit einer Höhe von 2,90 m. Die Fahrbahn soll etwas tiefer gelegt werden. Die Varianten stellen entweder die Wohn- oder die Aufenthaltsqualität in den Fokus.

Variante 1 sieht eine Fahrbahnbreite von 4,75 m, etwa wie in der Theaterstraße vor. Beidseitig ist Parken in Parkständen von 2,50 m Breite möglich. Derzeit darf außer sonntags nur einseitig geparkt werden. Die Anzahl der Stellplätze verdoppelt sich im innerstädtischen Teil auf 91, ab der Beelitzer Straße entstehen 78. Die Gehwege sind 1,50 m breit, Nebenbereiche 3 m. Die Kreuzungen werden aufgepflastert wie in der Dahmer Straße; die Poststraße soll eine Rechts-vor-Links-Regelung bekommen. Im Abschnitt ab der Poststraße ist nur noch einseitiges Parken möglich. Die Beelitzer Straße bleibt Hauptverkehrsstraße. Ab der Beelitzer Straße hat die Fahrbahn eine Breite von 5,50 m, die beidseitigen Gehwege je 1,50 m. Ab der Buchtstraße kann nur noch einseitig geparkt werden. Hier ist die Straße recht schmal und zum Teil ist Grunderwerb erforderlich. Grünflächen und eine

Versickerungsmulde sollen entstehen. Im Bereich der Kleingärten ist kein Parken mehr möglich und nur ein einseitiger Gehweg eingeplant.

Die Variante 1a sieht für den Abschnitt ab Käthe-Kollwitz-Straße die Parkstreifen nur 2,20 m breit vor, zugunsten des Gehwegs.

Variante 2 wertet den Fahrverkehr auf. Die Fahrbahn wird 5,50 m breit, das Parken ist nur einseitig möglich und zwischen Käthe-Kollwitz-Straße und Poststraße ist ein einseitiger Radweg eingeplant. Die Anzahl der Stellplätze halbiert sich in diesem Abschnitt im Vergleich zu Variante 1. Es werden mehr Bäume gepflanzt. Die Poststraße würde Vorrangstraße bleiben, die Kreuzungen werden nicht aufgepflastert. Ab der Beelitzer Straße ist die Fahrbahn 6 m breit. In diesem Abschnitt gäbe es dann 29 Stellplätze. Im Bereich der Kleingärten und der Bahnunterführung soll der Gehweg einseitig verlaufen, wodurch aber die Fahrbahn recht schmal wird. Bei dieser Variante wurde eingeplant, dass die Martin-Luther-Straße auf einem städtischen Grundstück leicht verschoben wird, damit die Kreuzung mit der Woltersdorfer Straße und der Berliner Straße rechtwinklig und dadurch übersichtlicher wird.

Herr Scheidler spricht sich wegen des Busverkehrs gegen eine Rechts-vor-Links-Regelung für die Poststraße aus. Ihm ist unklar, warum die Berliner Straße für LKW-Verkehr vorgesehen ist. Seines Wissens nach ist das Grundstück an der Einmündung zur Martin-Luther-Straße in Privatbesitz.

Herr Lehmann erscheint zur Sitzung.

Herr Riese schlägt eine Mischung der beiden Varianten vor. Er hält es für fragwürdig, ob so viele Parkplätze gebraucht werden und findet einen einseitigen Radweg irritierend und nicht sinnvoll. Die Poststraße sollte Vorrangstraße bleiben. Die Aufpflasterungen der Kreuzungen hält er für sehr gut, einen Gehweg im Bereich der Berliner Straße für wichtig. Er fragt nach der Terminierung, da der innerstädtische Teil dringender ist und der Teil der Berliner Straße auch wegen des Grunderwerbs aufwändiger werden wird.

Herr Blümner antwortet, dass die Maßnahme abschnittsweise realisiert wird. Der Abschnitt der Berliner Straße wird durch ein anderes Förderprogramm finanziert, das die entsprechenden Fahrbahnbreiten voraussetzt. Bei gleichem Ausbaustandard und Gleichrangigkeit wird sich der Verkehr der Poststraße wie auch in der Dahmer besser verteilen. Ein Radfahrerschutzstreifen ist nicht möglich. Das Parkraumkonzept verzeichnet für die Puschkinstraße keinen erhöhten Parkdruck.

Herr Eyssen spricht sich gegen den Radweg aus und hält die Radfahrerschutzstreifen für eine Gefahr. Am Durchgang zum Volltuchgelände sieht er einen Gefahrenpunkt.

Frau Walbrach schlägt vor, sich an den Querschnitten anderer Luckenwalder Straßen zu orientieren. Den Radweg hält sie für unsinnig. Ein Gehweg an der Berliner Straße sei wichtig. Sie hält es für fraglich, ob dort LKW-Verkehr vorzusehen ist.

Frau Wilke wünscht sich für die Aufpflasterungen der Kreuzungen historisches Pflaster und hält Radfahrerschutzstreifen generell für eine gute Sache.

Frau Reiter möchte die Poststraße als Vorrangstraße belassen. Die Fahrbahneinengung auf Höhe der Apotheke hält sie für einen Unfallschwerpunkt und würde dort die Nebenanlagen schmaler machen. Sie lobt die Versickerungsmulden, kann aber ebenfalls nicht nachvollziehen, warum die Berliner Straße, die in ein Wohngebiet führt, LKW-tauglich ausgebaut werden muss.

Frau Dr. Jürgen schlägt für den innerstädtischen Bereich eine Shared-Space-Lösung vor und spricht sich gegen den Radweg aus. Am Volltuchgelände wünscht sie sich

Fußgängerzungen, die eine Querung erleichtern. Sie lobt die Baumneupflanzungen und hofft auf mehr Grünflächen und Aufenthaltsbereiche mit Sitzgruppen. In Bezug auf die Poststraße ist sie zwiegespalten, weil sich dann sicher der Verkehr in der Beelitzer Straße verschlimmere.

Herr Blümner hält Fußgängerzungen, wie in der Theaterstraße, für möglich.

Auf Nachfrage von **Herrn Hurtig** berichtet **Herr Ullrich**, dass es in der Poststraße vier Bushaltestellen gibt. Ziel ist es, dass künftig nur noch der Stadtbus die Poststraße befährt und der gesamte übrige Busverkehr außen herum geführt wird. Bei dem eingeplanten LKW-Verkehr im Bereich der Berliner Straße geht es nicht um massiven Schwerlastverkehr, sondern um Ver- und Entsorgung und nur vereinzelte Fahrten zu den Gewerbestandorten dort. In der Dahmer Straße hat sich der Verkehr durch die Aufgabe der Vorfahrtsregelung halbiert, was auch für die Poststraße wünschenswert wäre. Das gesamte Karree soll langfristig Zone 30 werden. Dann sind keine Vorfahrtsregelungen mehr möglich. Die Poststraße war nie als Hauptverkehrsachse gedacht.

Herr Riese gibt zu bedenken, dass die Poststraße stark frequentiert wird und fragt, wie der Verkehr dann abfließen soll.

Herr Ullrich erklärt, dass der Verkehr gut über die Beelitzer Straße funktionieren würde, wenn die Kreuzung durch einen Kreisverkehr ersetzt wäre, was seit langer Zeit geplant ist.

Herr Zeiler schließt sich der Meinung an, dass die Puschkinstraße nicht so viele Parkplätze benötigt.

Herr Jurtzik hält es für abwegig, dass sich der Industriestandort in der Berliner Straße weiterentwickelt.

Herr Zeiler verlässt den Sitzungsraum.

Herr Krüger hält es, selbst für den Fall, dass sich der Industriestandort entwickelt, nicht für sinnvoll, den entstehenden Verkehr dort durch das Wohngebiet zu führen.

Herr Zeiler kehrt in den Sitzungsraum zurück.

Herr Springer schlägt für die weitere Planung E-Ladesäulen vor.

Herr Mann erläutert, dass der Diskussionsprozess erst begonnen hat und auch mit Beteiligungsformaten unteretzt werden soll. Er ergänzt, dass die Beelitzer Straße eine Landesstraße ist und demnach auch der Kreisverkehr ein lange geplantes Projekt des Landes Brandenburg. Der Industriestandort in der Berliner Straße steht im Entwicklungskonzept. Auch das Vorhaben, eine Anbindung an die Fläming-Skate über die Goethestraße zu schaffen und die Garagenanlagen abzureißen, ist noch vorgesehen.

TOP 3. Einwohnerfragestunde

keine

TOP 4. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.08.2021

keine

TOP 5. Feststellung der Tagesordnung

bestätigt

TOP 6. Austausch der Positionen der Fraktionen zu überdachten Sitzgelegenheiten als ein Wunsch der Kinder und Jugendlichen

Herr Zeiler wundert sich darüber, dass der Antrag auch in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt verschoben wurde; beantragt worden sei nur die Verschiebung in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport. Zwischenzeitlich liegt ein gemeinsamer, neuer Antrag der Fraktionen LÖS und DIE LINKE vor.

Herr Gruschka sieht das Thema auch in der Zuständigkeit dieses Ausschusses. Der neue Antrag war nach der Ladungsfrist erstellt worden.

Herr Scheidler erläutert den neuen, gemeinsamen Antrag. Die Wünsche der Jugendlichen sollen per Online-Umfrage ermittelt werden. Dann soll die Verwaltung die Machbarkeit klären.

Frau Walbrach unterstützt den neuen Antrag und betont, wie wichtig es sei, mit der Kinder- und Jugendbeteiligung anzufangen.

Herr Gruschka erinnert daran, dass schon einige Projekte im Rahmen der Kinder- und Jugendbeteiligung durchgeführt wurden.

Herr Riese hält es für wichtig, zunächst die Anwohner zu beteiligen, dann die Jugend. Man müsse sich deren Bedenken anhören und nicht nur online abfragen.

Herr Kirstein schlägt vor, auch die Polizei einzubinden.

TOP 7. Beschlussvorlagen

TOP 7.1. Kommunale Richtlinie zum Verfügungsfonds B-7270/2021

Herr Riese verlässt die Sitzung.

Herr Zeiler verlässt den Sitzungsraum.

Herr Mann erläutert die Beschlussvorlage. Bisläng hat Herr Bärmann die Stadtverordnetenversammlung im Beirat vertreten. Von einer namentlichen Nennung in der Richtlinie will man nun absehen. Es wäre gut, wenn sich die Stadtverordneten auf ein Beiratsmitglied verständigen könnten, eventuell zusätzlich auf einen Vertreter.

Herr Zeiler kehrt in den Sitzungsraum zurück.

Frau Walbrach unterstützt die Anpassungen. Dass man drei Angebote einholen muss, mache es oft schwierig. Sie fragt nach der Regelung des Zahlungsverkehrs.

Herr Mann verweist auf das Vergaberecht. Ein Nachweis, dass man sich um mehrere Angebote bemüht hat, reicht notfalls aus. Der revolving Fonds wird aus Städtebaumitteln, Eigenmitteln der Stadt und Zuschüssen finanziert. Manchmal passiert es,

dass Antragsteller anteilig nichts zurückzahlen. Durch Rückstellungen sollen immer ausreichend Mittel zur Verfügung stehen.

Herr Zeiler verlässt die Sitzung.

Frau Dr. Jürgen fragt nach der Auswahl der Beiratsmitglieder.

Herr Mann antwortet, dass in Anlage 3 die Institutionen aufgelistet sind, die sich zur Mitarbeit bereit erklärt haben und die gemeinsam ein breites Spektrum an Interessen zur Innenstadtstärkung abbilden.

Herr Scheidler schlägt vor, dass sich die Fraktionen über die Nachfolge von Herrn Bärmann verständigen und bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung einen Vorschlag vorbereiten.

Herr Jurtzik hat von dem Verfügungsfonds noch nie gehört und spricht sich dafür aus, dass der Vertreter regelmäßig in der Stadtverordnetenversammlung berichtet.

Herr Mann erinnert daran, dass das auch bislang mindestens alle drei Jahre so gemacht wurde.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:
Die Kommunale Richtlinie zur Mittelvergabe aus den Verfügungsfonds der Städtebauförderung mit den Anlagen 1-5.

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0

Zustimmung empfohlen

TOP 7.2. Errichtung von Wohnmobil-Stellplätzen in Luckenwalde - Fraktion CDU

A-7047/2021

Frau Walbrach erläutert den Antrag. Herr Menzel vom Tourismusverband habe sich dafür ausgesprochen.

Herr Jurtzik sieht dafür keinen Bedarf und fragt, ob eine entsprechende Investition für Wasser, Abwasser, Elektro sinnvoll wäre. Fraglich ist auch, wer den Stellplatz betreiben solle. Er schlägt vor, im Beschlusstext „und sinnvoll“ zu ergänzen.

Herr Mann erläutert die Möglichkeiten (Anlage 1).

Herr Gruschka schlägt vor, den eigentlichen Beschluss auf den ersten Satz zu beschränken und fragt, ob eine Behandlung im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport besser wäre.

Frau Walbrach hält es für sinnvoll, wenn sich mehrere Ausschüsse mit dem Thema beschäftigen. Der Antrag soll die Diskussion anregen.

Herr Krüger unterstützt den Antrag und den Vorschlag von Herrn Jurtzik, die Machbarkeit prüfen zu lassen. Ein Betreiber könne ausgeschrieben werden und die Fläming-Therme müsse einbezogen werden.

Frau Dr. Jürgen findet einen erweiterten Stellplatz nicht gut. Wenn schon möchte sie das Angebot um eine Zeltwiese ergänzen.

Frau Walbrach ist damit einverstanden, den Antrag anzupassen. Der Beschlusstext lautet „Die Stadtverordnetenversammlung beschließt: Die Verwaltung möge prüfen, wo es in Luckenwalde sinnvoll und möglich ist, einen Wohnmobilstellplatz zu errichten.“ Die möglichen Standorte werden der Begründung zugeordnet.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Verwaltung möge prüfen, wo es in Luckenwalde sinnvoll und möglich ist, einen Wohnmobilstellplatz zu errichten.

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 2

geändert empfohlen

TOP 8. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Herr Maetz verlässt die Sitzung.

TOP 8.1. Alte Gebäude

Herr Scheidler fragt nach der Zusammenarbeit mit der Unteren Bauaufsicht. Das Gebäude in der Grabenstraße mit dem Kran sehe nicht sehr standfest aus. Des Weiteren fragt er nach dem ersten Stadtbad in der Berliner Straße.

Herr Hurtig verlässt die Sitzung.

Herr Mann antwortet, dass die Untere Bauaufsicht an der Grabenstraße 5 tätig ist. Er wird den Hinweis weiterleiten. Das Gebäude in der Berliner Straße ist ein Denkmal in Privatbesitz.

Auch **Frau Wilke** weiß nichts darüber, was der Eigentümer damit vorhat.

TOP 8.2. Tourismusführer

Herr Eyssen hat den Eindruck, dass Tourismusführer um Luckenwalde immer einen Bogen machen und sieht es als Aufgabe der Wirtschaftsförderung diesbezüglich aktiv zu werden.

Herr Mann wird den Hinweis weiterleiten.

TOP 8.3. Illegale Versiegelung

Herr Eyssen macht sich Sorgen wegen der zunehmenden illegalen Versiegelung im Stadtgebiet. Das Stadtplanungsamt könne seiner Verantwortung zur Kontrolle aus Kapazitätsgründen nicht ausreichend nachkommen.

Frau Dr. Jürgen verlässt die Sitzung.

Herr Mann antwortet, dass die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten dem nachgeht. In 80 Prozent der Fälle kann man sich mit den Eigentümern einigen, die oft nichts von entsprechenden Regelungen wussten.

Auf Nachfrage von **Frau Walbrach** erklärt **Herr Mann**, dass die Bürger bei genehmigungspflichtigen Projekten Regelungen der Genehmigung entnehmen können.

Ansonsten ergeben sich diese aus Bebauungsplänen, dem Sanierungsrecht oder der Stellplatzsatzung.

TOP 9. Informationen der Verwaltung

TOP 9.1. Vorstellung Straßenausbauprogramm

Frau Herold verlässt die Sitzung.

Frau Reiter verlässt den Sitzungsraum.

Herr Ullrich gibt bekannt, dass die Schwindsuchtbrücke zwischen dem 17. und dem 24. September freigegeben werden kann. Er stellt das Straßenausbauprogramm für die nächsten Jahre vor (Anlage 2).

Frau Reiter kehrt in den Sitzungsraum zurück.

Auf Nachfrage von **Frau Wilke** erklärt **Herr Ullrich**, dass die Straße Am Wall und der Eiserhorstweg zur Straße Am Anger dazugezählt werden.

TOP 9.2. Sachstand zur Überarbeitung der Satzung der Stadt Luckenwalde über die Herstellung notwendiger Stellplätze (Stellplatzsatzung) und der Stellplatzablösesatzung der Stadt Luckenwalde

Herr Mann erläutert die Überarbeitung von Stellplatz- und Stellplatzablösesatzung (Anlage 3).

Auf Nachfrage von **Herrn Jurtzik** bestätigt **Herr Mann**, dass es sich um die Mindestanzahl an Stellplätzen handelt, mehr aber natürlich möglich sind.

Als nächstes soll die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange erfolgen.

TOP 10. Informationen des Ausschussvorsitzenden

Herr Gruschka informiert, dass Herr Zimmermann als Auszubildender bei der Stadtverwaltung auch zum nicht öffentlichen Teil bleiben wird.

Die Nichtöffentlichkeit wird um 21:32 Uhr hergestellt.

Peter Gruschka
Vorsitzender

Sonja Dirauf
Schriftführerin

13.10 24 31 00